

DER OBERSTAATSANWALT MÜNCHEN I

Geheime

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht
Herrn Generalstaatsanwalt Dr. HECHTEL
O.V.1.A.
in München

Haft in anderer Sache!

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCES/METHODS EXEMPTED BY
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2006

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen **M e y e r**, Bernhard
z.Zt. in Strafhaft, und and. wegen Verbrechens
gem. § 100 d Abs. 1 StGB u. a. v. 1954

Der am 25.9.1916 in Grossau, Bezirk Baden/Nieder-
österreich, geborene Bernhard **M e y e r**, der sich zur Zeit in
Strafhaft in der Strafanstalt München-Stadelheim befindet und
nach Österreich ausgeliefert werden soll, bezichtigte sich und
andere Personen in einer Vernehmung vom 11.10.1954 vor der
Münchner Kriminalpolizei, im Gebiet der Bundesrepublik Bezie-
hungen zu dem sowjetrussischen Spionagegremium unterhalten zu
haben.

Er behauptete, seit August 1951 in Österreich für den
NKWD, daneben auch für den OIC-Cärtiz gewesen zu sein. Da er
die Aufträge des NKWD nicht zur Zufriedenheit seiner Auftrag-
geber ausgeführt habe, sei er Anfang Februar 1953 in Wien dem
NKWD übergeben worden, wo bei ihm gelungen, einen Wachposten
zu beschaffen und aus den Haaren in die Bundesrepublik zu ent-
kommen.

Um 1951/52 sei er in Wien in der Nähe des Bahnhofs Wien
Hauptbahnhof als Wachposten für den NKWD eingesetzt worden. Er habe
dort von dem Wachposten der Sowjetarmee, der sowjetischen Polizei, über
Sicherheitsdienst und so weiter, und von dem Wachposten der
OIC-Cärtiz und dem Wachposten der Sowjetischen Botschaft
unterstützt, ebenso wie die anderen Wachposten in Wien. Er habe
seine Erfahrungen aus dem Wachposten in Wien mit dem Wachposten
in München verglichen und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass
eine Säkretärin im Büro des Wachposten der Sowjetischen Botschaft
mit Arbeitspapieren auf die Ausstellung der Siedlungsaufnahmen
erhalten.

Zur Unterstützung seines Vorhabens sollte er sich an die KPD-Landesleitung Bayern in München, Wiedenmarktstrasse unter dem Decknamen Schmidt aus Wien wenden, die ihm zur Hilfeleistung bei seinem Unternehmen geeignete Personen namentlich machen würde.

Die 6 Volt-Batterie will er zu seinem Bekannten Franz Wagner, München, Dachauer Strasse, geschafft haben, den er in die Einzelheiten seines Planes eingeweiht und wer sich bereit erklärt habe, sich an der Ausführung der Sprengung zu beteiligen. Die 12 Volt-Batterie, die Flasche mit Sauer und die Sauerzünder hat er nach seinen Behauptungen zunächst in eine Hütte am Seehamer-See bei München gebracht. Nachdem er sich durch Feststellungen im Gelände des Senders Holzkirchen von der Schwierigkeit des Auftrages überzeugt habe, hätte er von der Ausführung des Auftrages Abstand genommen und das Sprengmaterial im Seehamer-See versenkt.

In der Folgezeit sei er wiederholt von NKWD-Leuten gedrängt worden, den Auftrag durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit habe er die weitere Verteilung erachtet, die Stärke der Besatzung (50000), die Stärke des GZ-Meisters (100), die durchgeführte Bevölkerung, die GZ-Unterwerbung und die Neron (die durch die Sowjetunionen die GZ-Unterwerbung bestimmt, ist von dem Meister selbst bestimmt). Der Meister und sein Stab sind nicht mehr in der GZ, sondern in der Sowjetunion. Der Meister und sein Stab sind nicht mehr in der GZ, sondern in der Sowjetunion.

WILHELM
COPY

BEST AVAILABLE COPY

-3-

Zwischenzeitlich war Meyer aufgefordert worden, die Stelle im Seehamer-See zu bezeichnen, an der er das Sprengmaterial versenkt habe. Trotz mehrtägigen Einsatzes eines Tauchers konnte das Sprengmaterial nicht gefunden werden.

Weitere Überprüfungen der Selbstbeichtigung des Meyer, insbesondere hinsichtlich der Zusammenkunft in der Wohnung des angeblichen NKWD-Agenten Moreno, ergaben erhebliche Zweifel an ihrer Richtigkeit. In Anbetracht der gegen die Glaubwürdigkeit seiner Angaben sprechenden Umstände erklärte Meyer schliesslich am 16.10.1954, dass er die Anschuldigungen gegenüber Wagner erfunden und eine Zusammenkunft mit dem russischen Oberstleutnant Koslov in der Wohnung des Moreno nicht stattgefunden habe. Dagegen hielt er seine Behauptungen über die Zusammenarbeit mit dem sowjetrussischen Spionagedienst und über die ihm erteilten Aufträge weiter aufrecht.

Wagner wurde darauf am 18.10.1954 von mir aus der Untersuchungshaft entlassen. Zugleich stellte ich den Antrag zur Aufhebung des gegen ihn ergangenen Haftbefehls. Dieser Antrag wurde mit Beschluss des Ermittlungrichters beim Amtsgericht München vom 19.10.54entsprochen.

Von dem Geständnis des Meyer wurde am 11.10.1954 neben dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz der Leiter der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts (Kommissar Beck) informiert. Das Ergebnis der Überprüfungen dieser Dienststellen ist im folgenden bekannt. Es ist anzunehmen, dass auch der gegen Meyer erlassene Haftbefehl eine Überprüfung des Vorwurfs des Meyer erfordert.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Erkundigungen ist somit nicht die Möglichkeit auszuschliessen, dass der Beschuldigte sich neben anderen Straftaten auch eines Verbrechens gemäß § 160 d 1 StGB schuldig gemacht hat. Ich bitte daher, die Akten dem Herrn Oberbundesanwalt vorzulegen.

BEST AVAILABLE COPY

-4-

Zur Frage der Glaubwürdigkeit des Geständnisses des Meyer dürften noch folgende Tatsachen von Bedeutung sein: Meyer wurde am 20.1.1954 wegen verschiedener in München begangener Straftaten in Untersuchungshaft genommen. Durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts beim Amtsgericht München vom 18.5.1954 - 6 Ms 6/54 - wurde er wegen dreier Vergehen der Urkundenfälschung, 2 davon weiter zusammenfassend mit Vergehen des Betruges zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt. 142 Tage der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Strafe wurde er am 31.1.1955 verbüßt haben.

Im Laufe dieses in München durchgeführten Verfahrens wurde festgestellt, dass er von österreichischen Behörden gesucht wird. Das österreichische Bundesministerium der Justiz ersuchte um seine Auslieferung. Am 10.4.1954 erliess das Oberlandesgericht München, Strafsenat, gegen ihn Auslieferungsbefehl wegen eines Strafrestes von 5 Monaten und 23 Tagen aus dem rechtskräftigen Urteil des Landesgerichts Wien vom 9.9.52 (wegen Verbrechens der Mtschuld am Verbrechen des Missbrauchs der Amtsgewalt und des Verbrechens der Veruntreuung gem. §§ 5, 101, 183 österr. StG.). Dieser Auslieferungsbefehl wurde durch Beschlüsse des Oberlandesgerichts München, Strafsenat, auf Grund weiterer Erkenntnisse des Österreichischen Bundesministeriums der Justiz auf folgende Straftaten ausgedehnt:

- 1) am 23.3.1954 wegen eines Verbrechens des Betruges, des Diebstahls und der Veruntreuung, z. mit Hartbeleidigung, Landesgerichts Wien vom 24.2.1954 (V. 2186 V-3711/54)
- 2) am 7.5.1954 wegen eines Verbrechens des Betruges, z. mit Hartbeleidigung, Landesgerichts Wien vom 18.2.1954 (V. 6085 V-3715/19.2.54)

Meyer erklärte sich mit seiner Auslieferung nicht einverstanden. Er brachte h. a. vor, dass er im Falle einer Auslieferung befürchten müsse, wegen Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden von der russischen Besatzungsmacht

BEST AVAILABLE COPY

-5-

beansprucht zu werden. Schliesslich behauptete er unter Vorlage einer gefälschten Bestätigung der Stadt Tharandt i.Sa. (SBZ) entgegen seinen ursprünglichen Angaben nicht nur österreichischer, sondern auch deutscher Staatsangehöriger zu sein.

Mit Beschlüssen vom 7.4.1954, 7.5.1954, 26.5.1954 und 21.9.1954 hat das Oberlandesgericht München die Auslieferung für zulässig erklärt bzw. die Anträge, über die Zulässigkeit der Auslieferung erneut zu beschliessen, als unzulässig verworfen.

Die Übergabe des Meyer an die österreichischen Behörden war zunächst für den 13.9.1954, später für den 8.10.1954 vorgesehen. Durch seine Selbstbezeichnung wurde sie erneut hinausgeschoben. Nach einem Beschluss des Oberstaatsanwalts München I vom 13.8.1954 wurde gemäss § 456 a StPO von der weiteren Vollstreckung der durch das Schöffengericht München gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 1 Jahr von dem Tage der Übergabe an die österreichischen Behörden abgesehen.

Das Verhalten des Meyer in dem Auslieferungsverfahren begründet den Verdacht, daß er unter allen Umständen eine Auslieferung nach Österreich verhindern will. Es erscheint daher die Vermutung nicht unbegründet, dass er auch die noch nicht überprüften weiteren Selbstbeschuldigungen und Anschuldigungen anderer Personen erfunden hat.

gez. Schönberger